

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalterhalle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachamt: Frankfurt a. M. Nr. 7403.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6550-51.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen
Postfachamt: Frankfurt a. M. Nr. 7403.

Bezugspreis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Bringerlohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-
schließlich Bestellgeld. — Bezugsbestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle
Wilmersdorf 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortige Aus-
gabestellen und in den benachbarten Dörfern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Einzelnen-Preis für die Zeile: 20 Pfg. für druckbare Anzeigen; 30 Pfg. für ausserdruckbare Anzeigen. M. 1.75
für druckbare Anzeigen; M. 2.25 für ausserdruckbare Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme un-
verändert Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Anzeigen-Akademie: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Köpenick 6202 und 6203.

Donnerstag, 15. Mai 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 213. • 67. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nach einem Beschluss des Kommandierenden Generals der
Armee sollen in Zukunft die roten Ausweisarten für den
Verkehr im ganzen von den französischen Truppen besetzten
Gebiet gültig sein.

Le Lt. Colonel Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Villa.
Signé: LEROY.

Die Friedensverhandlungen.

Um die Unterzeichnung.

Verailles, 14. Mai. Graf Brockdorff-Rantzau
gab am Dienstag den Mitgliedern der deutschen Fried-
ensdelegation den Inhalt der drei neuen Noten
bekannt, die dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz,
Clemenceau, überreicht worden sind. In einleitenden Be-
merkungen und auf Anfrage wies der Reichsminister
darauf hin, daß der Friedensvertrag in der vorliegenden
Form für Deutschland unannehmbar sei und auch nicht
unterzeichnet werden könne, weil es unmöglich sei, ihn
zu erfüllen, und weil die deutsche Delegation nichts
unterzeichnen würde, zu dessen Erfüllung sie
nicht imstande sei. Ministerpräsident Scheide-
mann teile seine Ansichten. Gegenwärtig
heißt es nur, Verhandlungen anzuführen, damit der Ver-
trag so verbessert werden könne, daß eine Unterzeichnung
möglich sei.

Dann, 14. Mai. Ein Vertreter der „United Press“
telegraphiert aus Berlin, daß er als das Ergebnis einer
genauen Untersuchung bei allen Parteien am Schluss zu
der Überzeugung gekommen sei, daß Deutschland am
Ende doch den Friedensvertrag unter-
zeichnen werde, trotzdem im Augenblick der stärkste
und ausgedehnteste Kampf gegen die Unterzeichnung ge-
führt werde. Er meint, daß die Auffassung sich je nach
der Partei unterscheide, aber niemand könne eine klare
Antwort darauf geben, was Deutschland zu tun beab-
sichtige, wenn kein Friedensvertrag zustande komme. Er
erklärte ferner, daß eine Gruppe christlicher Leute tatsäch-
lich deswegen nicht unterzeichnen wolle, weil sie keinen
neuen Fehden Papier in die Welt setzen wollten,
in dem Verpflichtungen übernommen würden, die sach-
lich ihrer Auffassung nach nicht erfüllbar seien.

Die neuen Noten.

Verailles, 13. Mai 1919.

Herr Präsident! Entsprechend der Ankündigung in meiner
Note vom 9. Mai d. J. überreichte ich die nachfolgende Anzei-
gung der wirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist,
die Auswirkungen der in Aussicht genommenen Friedensbe-
dingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung
zu begutachten: Deutschland war im Laufe der letzten beiden
Generationen vom Agrarstaat zum Industriestaat überge-
gangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland 40 Millionen
Menschen ernähren, als Industriestaat wie es in der Lage,
die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen sicher-
zustellen. Die Einfuhr an Lebensmitteln betrug im Jahr
1913 rund 12 Millionen Tonnen. Vor dem Kriege lebten in
Deutschland von dem auswärtigen Handel und der Schiff-
fahrt — entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung
auswärtiger Rohstoffe — rund 15 Millionen Menschen. Nach
den Bestimmungen des Friedensvertrages soll Deutschland
seine für den überseeischen Handel taugliche Handelsflotte und
Schiffenbauindustrie aufgeben. Auch sollen die Werften in der
nächsten fünf Jahren in erster Linie für die alliierten und
assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine
Kolonia ein; die Gesamtheit seines Besitzums, seiner Inter-
essen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in
denen Kolonien, Dominions und Protektorate soll — zur
teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche — der Liquidation
unterliegen und jeder anderen wirtschaftlichen Anwen-
dungsmaßnahme ausgeht sein, welche die alliierten und assozi-
ierten Mächte in der Friedenszeit aufrecht zu erhalten oder
neu einzuführen beschließen mögen. Bei Ausföhrung der
territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würden im
Osten die wichtigsten Produktionsgebiete für
Getreide und Kartoffeln verloren gehen;
das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 Prozent
der Gesamtmenge in diesen Lebensmitteln. Aber dies würde
unser landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität stark
zurückgehen. Einmal wäre die Zufuhr von bestimmten Roh-
stoffen für die deutsche Düngeindustrie, wie Phos-
phor, erschwert, sodann wäre die deutsche Industrie, unter
Kohlenmangel leiden, denn der Friedensvertrag
führt vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlenpro-
duktion verlieren. Außerdem werden uns für die ersten
zehn Jahre ungeheure Lieferungen an Kohle an bestimmte
alliierte Länder unterstellt. Weiter soll Deutschland nach dem
Vertrag fast drei Viertel seiner Eisenerzproduktion
und mehr als drei Fünftel seiner Produktion an Zink zu-
gunsten seiner Nachbarn abtreten.

Nach dieser Einbuße an eigener Produktion, nach der
wirtschaftlichen Abnahme durch den Verlust der Kolonien,
der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer wäre
Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus
dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie
müßte daher in ihrem gewaltigen Umfang erschweren
erschweren, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen,

außerordentlich sinken müßte. Deutschland wäre dabei in
kurzer Zeit erschöpft, den vielen Millionen auf Schiffahrt
und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu ge-
währen. Diese Menschen müßten aus Deutschland aus-
wandern, das ist aber technisch unmöglich, zumal sich viele
der wichtigsten Länder der Welt gerade gegen die deutsche
Einwanderung sperren würden. Außerdem würden Hundert-
tausende ausgewiesener Deutscher aus den Gebieten der mit
Deutschland Krieg führenden Staaten sowie aus den abge-
tretenen deutschen Territorien und Kolonien nach dem abge-
bliebenen deutschen Gebiet einströmen. Werden die Fried-
ensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß
viele Millionen Menschen in Deutschland zu-
grunde gehen müssen. Dieser Prozeß würde sich rasch
entwickeln, da durch die Blockade während des Krieges und
deren Verschärfung während des Waffenstillstandes die Volk-
sproduktion gebrochen ist. Kein Hilfsmittel, noch so groß und
langfristig angelegt, könnte diesen Massensterben Ein-
halt tun. Der Friede würde von Deutschland ein Mehrfaches
der Menschenopfer fordern, die der 4½-jährige Krieg verschlang.
(1½ Millionen sind im Felde gefallen, fast eine Million sind
Opfer der Blockade geworden).

Wir wissen nicht und möchten es bezweifeln, ob die Dele-
gationen der alliierten und assoziierten Mächte sich über die
Konsequenzen im klaren sind, wie sie unermesslich ein-
treten würden, wenn Deutschland, soeben noch ein blühendes
Land, mit der ganzen Weltwirtschaft verknüpft, auf ge-
wollte Rohstoffe und Lebensmittelmittel angewiesener An-
drehung, plötzlich auf eine Existenzstufe zurückgeworfen
würde, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Be-
völkerungsmasse von vor einem halben Jahrhundert entspricht.
Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das
Todesurteil über viele Millionen deutscher
Männer, Frauen und Kinder aus.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, vor der Über-
reichung weiterer Einzelheiten diese allgemeine Anzei-
gung über die Wirkung des Friedensvertrages auf das deutsche Be-
völkerungsproblem zur Kenntnis der alliierten und assoziierten
Friedensdelegation zu bringen. Die statistischen Nachweise
stehen zur Einsicht zur Verfügung.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner
ausgezeichneten Hochachtung. (Geg.) Brockdorff-Rantzau.

Verailles, 13. Mai 1919.

Herr Präsident! In dem den deutschen Delegierten vor-
gelegten Entwurf eines Friedensvertrages wird der achte Teil
betreffend die Wiedergutmachung, mit dem Artikel 231
eingeleitet, welcher lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären
und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Ver-
bündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden
verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten
Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen
durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten auf-
gezwungenen Krieges erlitten haben.“

Deutschland hat die Verpflichtung zur Wiedergutmachung
übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Liming
vom 5. November 1918, unabhängig von der Frage
der Schuld am Kriege. Die deutsche Delegation vermag
nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deut-
schen Regierung an der Entstehung des Weltkrieges ein Recht
auf Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Ent-
schädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen
Verluste abgeleitet werden könne. Die Vertreter der alliierten
und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß
das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung ver-
antwortlich gemacht werden solle. Das deutsche Volk hat den
Krieg nicht gewollt und würde einen Anreiz zum Krieg
nicht unternehmen haben. Im Bewußtsein des
deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg
gewesen. Auch die Auffassung der alliierten und
assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des
Krieges zu bezeichnen ist, wird von den deutschen Delegierten
nicht geteilt. Sie vermögen der früheren deutschen Regie-
rung nicht die alleinige oder hauptsächliche Schuld an diesem
Kriege zuzuschreiben. In dem vorgelegten Entwurf eines
Friedensvertrages findet sich nichts, was jene Auffassung tat-
sächlich festsetzt. Keinerlei Beweise werden für sie beige-
bracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mit-
teilung der Gründe, die von den alliierten und assoziierten
Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der
Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner
ausgezeichneten Hochachtung. (Geg.) Brockdorff-Rantzau.

Die dritte der heute vom Reichsminister Grafen Brock-
dorff-Rantzau an den Präsidenten der Friedensdelegation
überreichten Noten hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Die deutsche Friedensdelegation hat aus
dem Schreiben des Exzellenz vom 10. d. M. entnommen, daß
sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Abfassung
der Bedingungen des Friedensvertrages ständig von den
Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstill-
stand und die Friedensverhandlungen vorzuschlagen worden
sind. Die deutsche Delegation will selbstverständlich diese
Grundsätze nicht in Zweifel ziehen; sie muß sich aber das
Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuwirken, die nach
ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten
Regierungen im Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen
bei den Bedingungen des Vertragsentwurfes, die sich auf die
Abtretung verschiedener Teile des Reichsgebietes be-
ziehen. Abgesehen von der Aufgabe Elsaß-Lothringens an
Frankreich und der Abtretung Reichs, auf welche beiden Punkte
ich mir vorbehalte, später einzugehen, wie Deutschland die

zeitweilige oder dauernde Unterstellung folgender deutscher
Gebiete unter fremde Herrschaft annehmen: des Saar-
gebietes, der Kreise Eupen und Malmedy sowie Preussisch-
Königsberg, Ostpreußen, deutscher Teile Mittelschleßens,
Pommern, Westpreußen und Ostpreußen, auch die Abtretung
deutscher Gebiete darüber hinaus.

Die deutsche Delegation verkennt nicht, daß für eine Reihe
von Bestimmungen über territoriale Änderungen, die im
Friedensentwurf enthalten sind, der Grundsatz der natio-
nalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden
kann, weil gewisse, bisher von deutscher Seite beherrschte Be-
völkerungsgruppen, z. B. die polnische, sich als deutsch be-
trachten. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale
Gründe anzuführen, wenigstens die deutsche Delegation nicht
einfach, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten
Regierungen die zwischen Deutschland und Dänemark zu
regelnden Grenzfragen zum Gegenstand der Friedensverhand-
lungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß
die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen
ist, sich mit ihr über eine neue, den Prinzipien der Natio-
nalitäten entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die
dänische Regierung es trotzdem vorzieht, ihre An-
sprüche auf dem Umweg über die Friedensverhandlungen zu
bekämpfen, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hier-
gegen Widerspruch zu erheben.

Die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung erstreckt sich aber
nicht auf jene Gebiete des Reiches, die nicht von Nichtdeutschen
bewohnt sind, vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß
durch den Friedensvertrag zu dem Zweck, finanzielle oder
wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu
sichern, deutsche Bevölkerung und Gebiete von der bisherigen
Souveränität zu einer anderen verdrängt werden, als ob sie
bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saarbeden. Daß
hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, das bestreitet nie-
mand. Trotzdem sieht der Friedensentwurf einen Übergang
der Herrschaft über diese teils preussischen, teils bayerischen
Gebiete an Frankreich vor, die bis zu einer völligen Ver-
schmelzung im Hinblick auf politische, wirtschaftliche,
kulturelle, geschichtliche und rechtliche Beziehungen führen muß,
zum mindesten aber die Verbindung des Saargebietes mit dem
übrigen Reich in allen diesen Beziehungen völlig aufhebt.
Daß die ganze Bevölkerung sich gegen eine solche Losreißung
von der alten Heimat mit aller Entschiedenheit wehrt, wird
den Besatzungsbehörden nicht unbekannt sein. Die wenigen
Personen, die anders zu denken vorgeben, weil sie entweder
der Macht weichen oder ungerechte Gewinne zu sichern hoffen,
kommen nicht in Betracht.

Versehen würde man einwenden, daß die Befegung ja
nur für 15 Jahre gedacht ist, und daß nach Ablauf dieser Frist
eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit
entscheiden soll. Denn der Ausfall des Gebietes an Deutsch-
land ist davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung
dann in der Lage sein wird, binnen kurzer Frist die sämtlichen
Arbeitsverhältnisse des Gebietes der französischen Regierung
gegen Gold abzulösen, und falls die Zahlung nicht geleistet
werden kann, soll das Land endgültig an Frankreich fallen,
selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland
erklären sollte. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen
Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß
Deutschland in 15 Jahren über die entsprechende Menge Gold
verfügen können. Überdies würde vorausgesetzt, wenn
das Gold in deutschem Besitz vorhanden wäre, die Entschä-
digungskommission, die dann Deutschland noch beherrschen
würde, eine solche Verwendung des Goldes schweulich gestalten.

In der öffentlichen Meinung der feindlichen Länder wird
die Abtretung als Entschädigung für die Reklamation nordfran-
zösischer Bergwerke innewelt. Die deutsche Delegation er-
kennt an, daß Frankreich für diese Reklamationen entschädigt
werden muß. Sie gibt auch zu, daß eine Entschädigung in
Gold allein der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage
nicht entsprechen würde. Wenn also die Forderung einer
Naturalentschädigung als begründet anerkannt werden soll, so
muß und kann die Naturalentschädigung auf einem anderen
Wege gesucht werden wie dem einer Fremdherrschaft,
die auch bei den menschlichen Absichten immer
gefährlich bleibt.

Die deutsche Delegation ist bereit, alsbald mit den all-
iierten und assoziierten Regierungen in Verhandlungen dar-
über einzutreten, wie der Ausfall in der Kohlenförderung des
Saargebietes von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Herstellung
der zerstörten Gruben, zu der sie sich verpflichtet hat, ersetzt
werden kann. Dabei würde sie vorschlagen, an Stelle des
Erstes die Überweisung des Saarlandesbedens und
die Abtretung der dortigen Kohlenminen einen billigeren
Ausgleich zu suchen. An Stelle der nachfolgenden nordfranzö-
sischen Kohle würden deutsche Kohlen, und zwar nicht
nur Saarkohle, sondern auch Ruhrkohle zu liefern sein.
Abgesehen davon, daß es wirtschaftlich unmöglich wäre,
gerade die Saarkohle, die bisher ein ganz anderes natürliches
Abgabegebiet hatte, ausschließlich für jene Erzschmelze zu be-
nutzen, erscheint die Erzeugung des Ruhrgebietes auch des-
halb unentbehrlich, weil die geschädigten Bezirke auf die Er-
zeugung des Ruhrgebietes mehr als auf die des Saargebietes
angewiesen sind.

Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich über eine
solche Kohlenlieferung unschwer ein Abkommen treffen ließe,
das allen berechtigten Forderungen Genüge täte. Voraus-
setzung wäre nur, daß die Sachverhältnisse beider Parteien
sich unmittelbar in Beziehung setzen und die Bedingungen der
Lieferung auf geschäftlicher Basis in mündlichen Verhand-
lungen ausarbeiten.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit,
die Schäden Belgiens in vollem Umfang zu ge-
machten. Es kann daher keinen Grund dafür erkennen, daß

hast es gezwungen sein soll, Preussisch-Posen net sowie die Kreise Gupen und Malmehd abzusetzen. Es ist fernerhin zu erwägen, daß diese Kreise von einem ungewissen, nicht deutschen Bevölkerung bewohnt werden. Die Volksbestimmung, mittels der: man die Bevölkerung der Kreise scheinbar eine Selbstbestimmung in ihren künftigen Schicksal geben will, hat daher nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen keine innere Berechtigung. Nach dem Friedensentwurf soll sie aber nicht einmal ausschlaggebend sein; vielmehr würde eine Instanz, an der Deutschland in keiner Weise beteiligt ist, auch dann nach freiem Schaffen über die Zukunft dieses Gebietes bestimmen, wenn die Bevölkerung ihren Willen kundgetan hätte, bei Deutschland zu verbleiben. Diese Anordnung widerspricht dem Grundsatz, daß keine nationalen Bestrebungen Befriedigung gewährt werden sollte, wenn dadurch neue Elemente von Haß und Widerstreit geschaffen würden. Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über territoriale Änderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. (Br.) Brodbeck-Rankau.

Reichspräsident Ebert über die Lage.

Berlin, 14. Mai. Reichspräsident Ebert hat sich einem Redaktionsmitglied des „Vortrags“ gegenüber über die Lage geäußert, in der sich unser Volk jetzt befindet. Er mochte, einen klaren Kopf und ruhige Nerven zu behalten, und äußerte u. a. weiter: Ich meine, daß Völker mit Völkern nicht so verfahren dürfen wie die Arbeitgeber der alten Zeit mit ihren Arbeitern, daß sie nicht sagen dürfen: Das und das sind meine Bedingungen, und wenn du sie nicht annimmst, magst du gehen, was aus dir wird. Ohne Verhandlungen würde es nie eine soziale Ruhe geben, ohne Verhandlungen kann noch viel weniger ein Friede zustandekommen, der seinen Namen verdient. Kein Mensch kann glauben, daß es möglich sei, die Ruhe Europas dadurch wieder herzustellen, daß man den Versuch macht, uns die Bedingungen der Gegenseite aufzuzwingen. Ein solcher Versuch müßte an seiner inneren Unmöglichkeit scheitern. Solange nur ein Rest von Hoffnungen bleibt, daß die Vernunft der Völker siegen wird, werden wir kein letztes Wort sprechen. Stellt sich heraus, daß man uns diesen Gewaltfrieden aufzwingen will, so werden wir unsere Entschlüsse zu fassen haben. Ich für mein Teil kann nur sagen, ich habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß man halten soll, was man versprochen hat, und daß man nichts versprechen soll, was man nicht halten kann. Ich würde es für ein Weltunheil halten, wenn dieser Grundgedanke im Verhältnis der Völker untereinander verlassen werden würde, und wenn man geheiligte Staatsverträge abschloß mit dem Bewußtsein, daß sie doch nichts anderes als falsche Kavaliere sind. Heute hoffe ich noch, daß man nicht versuchen wird, dem deutschen Volk eine Zustimmung abzupressen.

Rundgebungen in Berlin.

Eine Rede Scheidemanns.

Berlin, 14. Mai. Die gestrigen Rundgebungen auf dem Königsplatz fanden ihre Fortsetzung in der Wilhelmstraße. Der Rundgebungsleiter der Sozialdemokraten zog vor die Reichskanzlei. Hier wurden verschiedene Reden gehalten. Auf förmliche Rufzettel Ministerpräsident Scheidemann auf dem Balkon und hielt eine Rede, in der er u. a. etwa folgendes ausführte:

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sechs Monate haben wir darauf gearbeitet, daß endlich der Friede geschlossen werden sollte, der auf Grund der Friedensbedingung und versprochen war, und wir haben alle unsere Kräfte darauf eingesetzt, daß das arme gemarterte deutsche Volk endlich zu Brot und Arbeit kommen konnte. Wir haben in diesen sechs Monaten genau so wie in den Kriegsjahren gesucht, mit unseren Feinden im feindlichen Ausland, mit den Sozialisten in der Heimat zu kommen, um einen Frieden der Verständigung anzubahnen. Es ist unmöglich, daß wir diesen Vertrag unterzeichnen. (Beifall.) Wir sind bereit, Frieden zu machen. Wir sind auch bereit, gutzumachen, was unsre Feinde verschuldet haben. Wir sind bereit, die Schäden im Ausland, soweit sie auf unser Konto kommen, und auch im Inlande wieder gutzumachen. Aber man soll uns nicht im Felsen legen und dann verlangen, daß wir arbeiten. Ob wir die Lasten übernehmen können, brauchen wir Brot und Rohstoffe. Unser ganzes Verlangen ist auf die Anbahnung von Verhandlungen gerichtet, die nicht scheitern dürfen, bis die Welt den Frieden hat. Unsere Kräfte können wachsen im Friedensstreben, wenn wir wissen, daß Millionen Deutsche hinter uns stehen. Stimmen Sie ein in den Ruf: Es lebe der Friede, es lebe Deutschland.

Die Menge stimmte dreimal begeistert in den Ruf ein.

Residenz-Theater.

Mittwoch, den 14. Mai. Unter Abend. Zum Vor- teil der Unterhaltungsstücke der Mitglieder des Residenz-Theaters, unter gefl. Mitwirkung von Frau Hanna Bern, Konzertsängerin aus Köln, Frau Thea Duisberg (Lieder zur Laute), Fräulein A.-L. Gader (künstlerische Tänze), Fräulein Maria Heyd.

Es gibt Bühnenabende, die zu bunt sind, ohne bunt zu sein, andere sind bunt und haben doch nur eine Farbe. Das bunteste an dem schönen gestrigen Abend war jedenfalls, daß nicht mehr Leute da waren. Eine schmerzlosere Art von Hilfsbereitschaft kann es doch nicht geben, als wenn ich geniesse für meinen Beitrag; es handelt sich also gar nicht um ein Opfer, sondern um den Entschluß, an einem bestimmten Abend im Interesse anderer das Theater zu besuchen, um dann recht befreit, mit dem Bewußtsein, eine eble Tat vollbracht zu haben, nach Hause zu wandern. Sozial zu denken ist schon schwer, aber erst sozial handeln! Da sind viele recht talentvoll, immer noch. Sollten sich in Wiesbaden nicht so viel Menschen zusammenfinden, um das kleine Theater zu füllen, wenn es sich einmal um einen praktischen Beweis der Anerkennung, des Dankes, des menschlichen Interesses handelt? Die Welt der Bühne sieht sich von unten sehr leicht und vernünftig an; aber es ist eine Welt positiver Arbeit und ebenso ernster Sorge, wie die anderen Berufe. Die ganz hohe Politik erstreckt sich auf die Welt der Bühne, umfassernd und einfacher ist die Menscheneinigkeit. Keiner sei dem anderen fremd, ein Vereint sein füreinander verbinde und alle. Man variere den alten menschlichen Wahlspruch in: Jedem das Seine! Darüber lassen sich Witze machen, aber wer ein Herz hat, wird wissen, wie es gemeint ist, und beim nächsten buntten Abend nicht fehlen. Der in seinem Gleichmut unerschütterliche Dandys aber und die mondaine Frau mögen kommen, weil es um das Schicksal ihres Lebenszuschnitts geht, bei solcher Gelegenheit eben da zu sein.

Der Abend verlief sehr harmonisch. Wer da war, war etwas bedrückt, weil so viele fehlten, und weil sich der Schwerpunkt des Abends insofern verschoben hatte, als die Künstler wie immer ihr Geld in das Haus warfen, anstatt umgekehrt. Man merkte ihnen jedenfalls keine Enttäuschung an, und neben dem Lob und Dank für alle vorzüglichen Darbietungen sei einmal einer Leistung rühmend gedacht, die die Bühnenkünstler

Im Artus Busch fand dann eine Preisverleihung der Stadt-Berliner Bürgergesellschaft in Gemeinschaft mit dem Hansabund gegen die Verdrängungsbedingungen statt. Nach einträchtigen Reden des Abgeordneten Dr. Kiefer und des Konfessors Marx wurde eine Entscheidung zur Abmilderung dieser Bedingungen gefaßt. Am Anfang an die Tagung demgegenüber sich gegen 8½ Uhr abends ein riesiger Zug von Teilnehmern unter Anführung vaterländischer Bänder durch die Linden weiter zum Hotel Adlon. Dort brach die gewaltige Menge in Entrüstungskrufe aus. Dann hielt der Zug vor dem Reichstagspalast, wo man das Erscheinen eines Regierungsvertreters forderte. Dieser erschien Scheidemann am Fenster und hielt, lebhaft begrüßt, eine Ansprache. Er bezog sich dabei auf seine vor zwei Stunden gehaltene Rede und richtete zum Schluß seiner Rede die Aufforderung an die Kundgeber, sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen, und fragte, ob die Bürger gewillt seien, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen, was natürlich bejaht wurde. Scheidemann schloß mit einem Hoch auf den „Vereinigten Frieden“, der Deutschland am Leben liege, und mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Der Standpunkt des Grafen Brodbeck-Rankau.

(Von unserem zur Friedenskonferenz nach Versailles entsandten Sonderberichterstatter.)

Versailles, 13. Mai. In einer Ansprache an die Pressevertreter führte heute Graf Brodbeck-Rankau aus, es sei ihm eine Freude, festzustellen, daß Ministerpräsident Scheidemann dieselbe Ansicht vor der Nationalversammlung geäußert habe und daß er die schwierige Arbeit der Delegation billige. Das Friedensdokument ist, wie es vorliegt, unerfüllbar, aber wir wollen nicht nur negativ, sondern auch positiv arbeiten und den Gegnern beibringen, daß wir keinen Vertrag unterschreiben können, der nicht zu halten ist. Die ganze Frage ist in Deutschland auf Ja oder Nein gestellt worden. Die Fragestellung ist nicht vollkommen richtig. In dieser Form sind die Bedingungen nicht annehmbar, und wir wollen durch praktische Vorschläge auch die Gegner überzeugen, daß das deutsche Volk entschlossen ist, alles Schauldiere zu liefern und die Gegner zu ihrem Recht kommen zu lassen. Darauf werden in Gegenwart der gesamten Abordnung und der Pressevertreter die drei Noten über die Schuld am Kriege, die Territorialfrage und die Verletzung des deutschen Volkes vorgelesen. Die Vorgehung der Delegation war sehr groß. Graf Brodbeck-Rankau erklärte in einem Schlußsatz, daß er sich der Zustimmung zu seinen Noten freue, und bat, in Einigkeit zu arbeiten, da Einigkeit das einzige Mittel sei, wodurch wir diesen Vertrag ändern können. Rolf Brandt.

Ein Appell an den Papst.

München, 15. Mai. Bischof Schulte von Vödenborn hat an den apostolischen Nuntius in München, Monsignore Bocelli folgendes Telegramm gerichtet: „Durch die gütige Vermittlung Eurer Eminenz bitte ich in tiefster Ehrfurcht den Heiligen Vater um Intervention bei den Entente-Mächten behufs Milderung der unerfüllbaren Friedensbedingungen, die zur Verzweiflung des deutschen Volkes und zur Vorbereitung der Weltrevolution führen müssen. Die Kriegsgefangenenhilfe und Vermittlungsforschung der deutschen Bischöfe hat in vielen hunderttausend Fällen den feindlichen Gefangenen und Familien Trost und Hilfe zu bringen gesucht und glaubt deshalb ein Anrecht zu haben, in dieser Stunde einen öffentlichen Appell an die Menschlichkeit der Feinde Deutschlands richten zu dürfen.“

Blockademahnahmen.

Paris, 14. Mai. Der Oberste Wirtschaftsrat beschloß, die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Ungarn bis zur Klärung der politischen Verhältnisse beizubehalten. Ferner erörterte der Rat die wirtschaftlichen Maßnahmen für den Fall, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichne. Die ausländische Abteilung hat nach den Angaben des Rats einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die Wiederherstellung einer strengen Blockade vorgesehen ist, über deren Inkrafttreten der Vierzehn-Rat beschließen würde.

Clemenceau über den Bolschewismus.

Wien, 15. Mai. Ministerpräsident Clemenceau hat sich nach einer Meldung der „Wiener Wochenspost“ zu Mitgliedern der Kammer über die Frage geäußert,

tagtäglich vollbringen müssen, das ist die Selbstdisziplin, mit der sie alles, was sie bebrückt, ablehnt, stört, zu bändigen wissen. Auch Reden von Stuhl werden da gerieben, oft frühzeitig; der Versorger der Familie verzagt dann. Da soll die Unterstützungslasse helfen, aber es ist nicht genug darin. Warum? Weil so viele beim bunten Abend fehlten. Es gibt Bühnenabende, die zu bunt sind ufm. — siehe oben.

In der nächsten Woche findet ein zweiter, in der Eigenart noch mehr versprochener Abend statt, wie der Anführer verhielt; hoffentlich können wir dann die Leistung des Publikums so von Herzen loben, wie heute die aller mitwirkenden Damen und Herren.

Aus Kunst und Leben.

B. Die Naturgeschichte Spitzbergs. Im vorigen Sommer hat eine Expedition der Phosphat-Gesellschaft mit dem Dampfer „Euningen“ eine Expedition unter Leitung des Oberingenieurs Johanson nach Spitzbergen unternommen, um eine genauere Untersuchung der reichen Naturgeschichte der Insel, insbesondere der Kohlenfelder, vorzunehmen. Die Kohlenfelder am Eisfjord werden schon seit einigen Jahrzehnten bearbeitet, während der Versuch der Engländer, den an der Westküste gefundenen Kohlenfeldern auszuweichen, infolge der Unbrauchbarkeit des Materials mißglückt ist. Die schwedische Expedition ist nun, wie im „Prometheus“ von H. Weinius berichtet wird, zurückgekehrt. Sie hat festgestellt, daß am Eisfjord der Phosphorit in Form von kleinen, in Sandstein eingeschlossenen Körnern vorkommt. Man will ihn als Ausgangsmaterial für die Herstellung von Superphosphat brauchen; die Fähigkeit zur Ausnutzung hängt vom Gehalt des Rohmaterials an Phosphorsäure ab, der jetzt durch Analyse mitgebrachter Proben festgestellt werden soll. Die Probenfrage liegt sehr günstig, da der Phosphorit in Spitzbergen sehr bequem bis an Bord der Schiffe befördert werden kann. Die Funde selbst sind sehr umfangreich und so gut wie unerforschlich. Ferner unternahm die Expedition die sog. Kalkmolen, die sich zur Herstellung von Gas und Kalk eignen. Dagegen stellte sie fest, daß der Eisenreichtum der englischen Erzfelder im nordwestlichen Spitzbergen, den eine unlängst heimgekehrte Expedition unter Stadtkommandant ermittelt haben wollte, nicht vorhanden ist. Die Eisenerzfelder sind wertlos, weil das Eisenerz in so dünnen Schichten auftritt, daß sich die Verarbeitung nicht lohnt.

ob Deutschland bei einer Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages sich Russland und damit dem Bolschewismus anschließen würde. Clemenceau sagte darüber: „Ich weiß nicht, was Deutschland tun wird. Was aber die Drohung mit dem Bolschewismus anlangt, die man aus Berlin schon seit Wochen gegen uns losläßt, so möchte ich meine Meinung darüber ausdrücken, daß der Bolschewismus keine internationale Gefahr mehr ist. Deutschland wird seine Industrie und seine Wirtschaft und damit seine einzige Zukunft nicht selbst vollkommen vernichten, indem es das Chaos herbeiruft. Der russische Bolschewismus steht sicherlich vor seinem Ende und der ungarische Bolschewismus ist eine Episode. Der Bolschewismus ist in Europa undurchführbar. Deutschland hat diesen Gedanken auch niemals ernsthaft gehabt. Die Drohung sollte uns einschüchtern, wird aber ihren Zweck nicht erreichen.“

Die Internationale.

Versailles, 13. Mai. Wie der „Populaire“ berichtet, beauftragte der internationale Ausschuss der Sozialisten, welcher die Friedensfrage prüft, Ramon Radonatz, Dunsmans und Longuet, nach Italien und der Schweiz zu reisen, um mit den sozialistischen Parteien dieser Länder sich ins Benehmen zu setzen. Ein Manifest über den Frieden soll morgen veröffentlicht werden.

Die Lage in München.

Berlin, 14. Mai. An zuständiger Stelle wird die Lage in München immer noch für derart bedrohlich erachtet, daß an eine Rückziehung der Truppen vorläufig nicht gedacht werden kann. Besonders ist die Entwaffnung unruhiger Elemente nicht in dem gewünschten Maße fortgeschritten. Wie verlautet, ist der Schriftsteller Toller nicht gefangen, sondern entlassen. Es ist ein Preis auf seine Ergreifung ausgesetzt. Der bolschewistische Kapitän Levine war von dem Heidelberger Universitätsprofessor Salz in einer Münchener Pension als angeblich mittelloser Student untergebracht worden, wo er von Mannschaften des Kommandos Epp verhaftet wurde.

Levine-Nissen verhaftet.

München, 14. Mai. Levine wurde gegen 1 Uhr früh in der Wohnung eines Professors in der Sämannsburgerstraße von fünf Offizieren des Freikorps Epp verhaftet. Er leugnete zunächst, der Suchte zu sein, und wurde auf die Polizeidirektion gebracht. Dort leugnete er abermals, wurde aber dann einem Polizeibeamten gegenübergestellt, der früher dienstlich mit ihm zu tun hatte. Er gestand dann, Levine zu sein. Er war sehr verärgert, da er über das Schicksal, das ihn erwartet, wohl nicht im unklaren ist. Von Nissen und Toller behauptete er, den Aufenthaltsort nicht zu kennen. Dazu schreibt die „Münchener Zeitung“: Levine hielt sich unter dem Namen Ludwig Geisenberger bei dem Kunstmaler Otto Schmidt im vierten Stock versteckt. Um sich unkenntlich zu machen, hatte er mit einer Nähmaschine die Haare vollständig abgefrisst. Er erhielt auf Empfehlung des Heidelberger Professors Artur Salz, der Levine als Student kannte, und des Architekten Wilhelm Kimmmer von Bamberg Unterschlupf bei Schmidt. Er wollte am Donnerstag im Automobil München verlassen und verfuhr sich falsche Ausweise zu beschaffen. Von der Besorgung der falschen Papiere rühmt der Deutscher Kraus des Freikorps Hochland Kenntnis. Er forste in der Kommandantur dafür, daß die für Levine bestimmten Papiere anstandslos ausgereicht wurden. Kraus verfuhrte den Abholer der Papiere bis zur Wohnung des Malers Schmidt und verlorante mit seinen Soldaten dort Einlaß. Erst nach einiger Zeit wurde ihm geöffnet.

Der Hausbesitz der Hohenzollern.

Berlin, 14. Mai. Der unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Schiller dem Justizministerium einreichte Antrag zur Verberlegung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den Hohenzollern hat bisher bei allen in Betracht kommenden Grundbesitzern Erfordernisse über den Umfang der Werte der auf ihnen eingetragenen Teile des Hohenzollernschen Hausbesitzes eingereicht. Über die zukünftige Verwertung der Liegenschaften und Gebäude ist bisher endgültig nichts entschieden worden.

Der Millionenraub im Juliusbaum.

Berlin, 14. Mai. Der Spandauer Millionenraub scheint seiner Auflösung entgegenzugehen. Die hiesige Kriminalpolizei nahm gestern einen Mann fest, der von den Schmeigern als einer der beiden Diebe bezeichnet wird, in dessen Auftrag sie das Geld nach Holland bringen wollten. Es handelt sich um den früheren Leutnant Bingle, der während der Revolutionstage im November vorigen Jahres Verhaftung und Verpflegungsoffizier in Spandau war. Der Millionenraub ist bereits am ersten Tage der Revolution ruiniert worden. Weitere Nachforschungen ergaben, daß Bingle alsbald aus dem Dienst ausgeschieden war und jetzt mit seinem früheren Vorgesetzten namens Fröhlich hier in der Adlershofstraße ein Speisegeschäft gegründet hatte. Gestern Abend wurde er festgenommen. Er bestritt, mit dem Diebstahl etwas zu tun zu haben. Sein früherer Vorgesetzter und heutiger Kommandant, der ebenfalls festgenommen werden sollte, befindet sich zurzeit auf Reisen, so daß seine Verhaftung bisher nicht erfolgen konnte. Es wird vermutet, daß Bingle und Fröhlich jene Männer sind, die bereits früher verurteilt, die Aktien der Westdeutschen Bank, dann in Charlottenburger Spielbank umzuwerfen. Sie türkten den größten Teil des geraubten Geldes noch verdeckt halten.

Rein Streikgesetz.

Berlin, 15. Mai. Die vor einigen Tagen aus Berlin gekommene Nachricht, die Regierung bereite ein Gesetz gegen frivole Streiks vor, wird jetzt offiziell als unzutreffend bezeichnet. Ein derartiges Gesetz sei nicht in Vorbereitung.

Die Hallerische Armee.

Dr. Berlin, 13. Mai. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die Nachricht, daß die Transporte der Truppen der Hallerischen Armee durch Deutschland eingestellt worden seien, unrichtig. Auch eine Umleitung der Transporte erfolgt nicht, vielmehr dauern die Transporte unverändert fort.

Antisemitische Ausschreitungen.

Berlin, 12. Mai. In der Schillerstraße hielt gestern Abend der jüdisch-liberale Jugendverein eine Versammlung ab, bei der lebhaft religiöse Fragen erörtert

Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Geschäfts-Bericht für das Jahr 1918.

Nachdem Deutschland verloren hat und die sozialistische Revolution sowohl die politischen Grundlagen des Reiches als auch unser Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert hat, sind alle Hoffnungen und Erwartungen, denen wir in unseren früheren Geschäftsberichten Ausdruck verliehen haben, zunichte geworden, und es ist eine solche Unsicherheit aller Verhältnisse eingetreten, daß es unmöglich ist, sich ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu machen. In seiner Existenz von innen und außen aufs höchste bedroht, darf Deutschland nur dann hoffen, sich langsam wieder empor zu arbeiten, wenn der kommende Friedensschluß ihm keine übermäßigen Opfer auferlegt und wenn das deutsche Volk noch in letzter Stunde Ruhe und Besonnenheit wiederfindet und zu nachhaltiger Arbeit und Sparsamkeit zurückkehrt. Auch ein Rückblick auf die Vergangenheit erscheint bei diesen tief greifenden Veränderungen heute wertlos. Wir beschränken uns daher im Nachstehenden darauf, unseren Anteilseignern über unseren Geschäftsbetrieb zu berichten.

Wir müssen mit der Mitteilung beginnen, daß Herr D. Max v. Schinkel sich entschlossen hat, aus Rücksichten auf sein Alter und seine Gesundheit aus seiner Stellung als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft wie der Norddeutschen Bank in Hamburg mit dem 31. März 1919 auszuscheiden. Von den übrigen Geschäftsinhabern wird dieser Entschluß auf das schmerzhafteste bedauert, denn die Bank verliert dadurch die Mitarbeit eines Mannes, der über ein außergewöhnliches Maß von Erfahrungen auf dem Gebiete des Bankwesens, des Übersee-handels und der Währungsfragen verfügt, und sein reiches Können und Wissen, verbunden mit einem klaren Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen, in 47-jähriger Tätigkeit bei der Norddeutschen Bank und 24-jähriger Tätigkeit als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft stets mit vollster Hingebung und nie ermattender Tatkraft in den Dienst unserer Institute gestellt und ihren Aufstieg in hervorragendem Maße gefördert hat.

Die Geldflüssigkeit hat während des ganzen Jahres in fast unverminderter Stärke andauert. Der Reichsbankdiskont hat sich unverändert auf 5% gehalten. Auch der Wechselkurs und seine Folgen vermochten die Geldflüssigkeit nur wenig zu beeinträchtigen, da es angesichts innerer Wirren und der Absperrung vom Außenverkehr an genügenden Verwendungsmöglichkeiten fehlte. Dies spiegelt sich in der Bewegung der Depositionen in unseren Berliner Wechselstuben und Zweigstellen wider. Dieselben betrugen gegen den mit 100 angenommenen Stand bei Ausbruch des Krieges:

Bestand am 15. Juli 1914 mit 100% angenommen.	1918	1919
Bis 9. Januar 1918 dritte Einzahlung auf die VII. Kriegsanleihe	309%	316%
Bis 6. Februar letzte Einzahlung auf die VII. Kriegsanleihe	341%	330%
Vom 28. März bis 27. April erste Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	347%	352%
Bis 24. Mai zweite Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	364%	372%
Bis 21. Juni dritte Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	379%	391%
Bis 18. Juli letzte Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	385%	394%
Vom 30. September bis 6. November erste Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	396%	413%
Bis 3. Dezember zweite Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	397%	398%
Bis 9. Januar 1919 dritte Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	393%	387%
Bis 6. Februar 1919 letzte Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	386%	387%

Die uns zufließenden Gelder konnten zum Teil im Kreditgeschäft Verwendung finden, zum Teil dienten sie zum Ankauf von Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten. Die Höhe der in Betracht kommenden Beträge sicherte uns ein besonders günstiges Ertragsverhältnis unseres Wechsel- und Zinskontos, obgleich dabei der starken Entwertung der Reichsmark auf den ausländischen Märkten Rechnung getragen werden mußte. Die Schwierigkeit der Devisenbeschaffung, welche diese Entwertung der Reichsmark mit sich brachte, hat uns veranlaßt, im vaterländischen Interesse für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank im Auslande hauptsächlich für Einfuhrbedürfnisse Kredite zu nehmen. Die sich daraus für uns ergebenden Verpflichtungen, welche wir bisher unter den Gläubigern verbucht hatten, haben wir nunmehr, ebenso wie die sie ausgleichenden Forderungen an das Reich und die Reichsbank, in der Vermögensübersicht gesondert aufgeführt.

Auch auf dem Aval- und Bürgschaftskonto tritt die Entwertung der Reichsmark in die Erscheinung, da diese Verpflichtungen, soweit sie auf fremde Währung lauten, bei dem ungünstigeren Stande der Wechselkurse höhere Markbeträge ergeben.

Das Geschäft mit Wertpapieren war namentlich im ersten Teile des Berichtsjahres ein recht lebhaftes und gewährte uns die Gelegenheit zu einer umfangreichen Betätigung im Kommissionsgeschäft. Die Zunahme unserer eigenen Effektenbestände ist im wesentlichen hervorgerufen durch unsere Beteiligung an den Kriegsanleihen und die Hereinnahme verzinslicher Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten.

Die Ereignisse des November brachten nicht nur einen Umschwung in der Kursbewegung am Wertpapiermarkt hervor, sondern sie bewirkten auch erhebliche Störungen unseres gesamten Geschäftsbetriebes, die noch nicht überwunden sind. Infolge der Unruhen sahen wir uns aus Gründen der äußeren Sicherheit gezwungen, unsere Geschäftsbetriebe zeitweilig zu schließen, und die Furcht vor gewaltsamen Eingriffen, sowie eine im Herbst eingetretene außerordentliche Knappheit an Umlaufmitteln trieb das Publikum an, in erheblichem Umfange eine Verschiebung in der Lagerung seines Wertpapierbesitzes und in der Belegung seiner Barguthaben vorzunehmen, welche den Banken eine kaum zu bewältigende Arbeitslast aufbürdete. Die sich hieraus ergebenden Umstände wurden noch dadurch verstärkt, daß die durch die Revolution einsetzende allgemeine Lohnbewegung auch die Bankbeamten ergriff und durch Maßnahmen der provisorischen Regierung gefördert wurde. Diese Bewegung, die wie der weitere Verlauf deutlich erkennen ließ — vornehmlich auf das Betreiben politischer Agitatoren zurückzuführen ist, entbehrt der wirtschaftlichen Begründung. Wir haben uns eine ausreichende Entlohnung unserer Angestellten stets angelegen sein lassen und ihnen in erheblichem Umfange durch Tantieme-Zusicherung und besondere Vergütungen Anteil an dem zur Ausschüttung gelangenden Gewinn gewährt, wir haben ihnen durch unsere David Hansemannsche Pensionskasse höhere Pensionsansprüche für sich wie für ihre Witwen gesichert, als sie ihnen bei den gesetzlichen Anstalten oder dem schon Vorzüge bietenden Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes A. G. zustehen, und wir haben insbesondere auch der Teuerungszunahme fortgesetzt durch Gewährung außerordentlicher Beihilfen Rechnung getragen. Da allein unsere Berliner Angestellten, unter Ausschuß der Direktoren und Prokuristen, bei uns über ein Sparkassenguthaben von nicht weniger als 10 Millionen Mark verfügen und daneben noch sehr namhafte Beträge in Wertpapieren bei uns im Depot haben, so ist die Behauptung einer allgemeinen Notlage, soweit unsere Beamten-schaft in Betracht kommt, nicht begründet. Dies ergibt sich auch aus folgender Übersicht. Es betrugen unsere Aufwendungen für die Entlohnung der Beamten allein in Berlin

1913: 6 500 000.— Mark,
1918: 17 871 412.76 „

Es haben sich auf den einzelnen Angestellten berechnet gesteigert: die Bezüge der Angestellten mit Ausschuß der Direktoren und Prokuristen von 1913 bis 1918 durchschnittlich auf 225%, die Bezüge der Boten und des Hauspersonals durchschnittlich auf 266%, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Steigerung für die niedrigeren Gehaltsstufen eine prozentual stärkere war als für die höheren.

Kaum eine andere Kategorie von Staats-, Kommunal- oder Privat-Beamten dürfte eine ähnliche materielle Fürsorge der Arbeitgeber erfahren haben wie die Bankbeamten. Auch denen, die im Felde standen, ist überdies ein sehr erheblicher Teil ihrer Bezüge fortgewährt worden, und sie sind auch vor Benachteiligung in den Gehaltsbezügen gegen die Heimgebliebenen geschützt worden.

Unter dem Drucke der Verhältnisse mußten wir trotzdem den Forderungen der Beamten in weitgehendem Umfange entsprechen. Die Aufwendungen, welche im Berichtsjahre für das Gesamtinstitut bereits 24 921 317 Mark betrugen, werden für das Jahr 1919 eine weitere recht erhebliche Steigerung erfahren.

Zu dieser Vermehrung der Personalkosten gesellte sich ein Anwachsen der sachlichen Unkosten, so daß die Verwaltungskosten, auf deren erschreckende Zunahme wir schon in unseren früheren Berichten hingewiesen haben, neuerdings in erhöhtem Maße das Gewinnergebnis ungünstig beeinflusst haben. Auch die Steuerlasten haben, insbesondere infolge der Zinssteuer und der Erhöhung der Umsatzsteuern, wiederum stark zugenommen.

Es betrugen	im Jahre	die Verwaltungskosten	die Steuern
	1913	M. 12 666 216.72	M. 2 090 435.37
	1914	„ 13 180 228.67	„ 2 515 822.10
	1915	„ 13 993 541.57	„ 2 868 238.30
	1916	„ 17 332 114.98	„ 3 471 668.11
	1917	„ 22 430 834.92	„ 3 614 290.67
	1918	„ 33 805 792.24	„ 6 294 675.13

Die von uns im Verein mit der gesamten deutschen Bankwelt angestrebte Verbesserung der Geschäftsbedingungen konnte, wenn sie auch Fortschritte gemacht hat, mit derartigen Mehrbelastungen nicht Schritt halten, und wird dies auch in Zukunft nicht vermögen, namentlich da die stets wachsende Konkurrenz der von den Steuerlasten befreiten staatlichen und kommunalen Anstalten diesem Ausgleiche hindernd entgegentritt.

Die Kursrückgänge auf dem Wertpapiermarkt, insbesondere bei den Kriegsanleihen und verzinslichen Schatzanweisungen, haben auch bei uns ein erhöhtes Maß von Abschreibungen auf den Effekten- und Konsortial-Konten erforderlich gemacht, so daß ein Gewinn hieraus in die Gewinn- und Verlust-Rechnung nicht eingestellt werden konnte. Darüber hinaus mußten bei der Bewertung unserer Aktiva die veränderten Verhältnisse besonders in Rußland berücksichtigt werden, wenn wir uns auch von größeren Engagements im Auslande ferngehalten haben, so daß wir insbesondere durch die Ereignisse in der Türkei wie auch in Rumänien kaum berührt werden. Auch die Engagements, die wir in Österreich, Ungarn und Bulgarien noch unterhalten, geben uns zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Die Kreditbank in Sofia hatte sich günstig entwickelt. Infolge der politischen Ereignisse mußten die deutschen Mitglieder der Verwaltung Bulgarien verlassen, und wir entbehren seitdem zuverlässige Nachrichten über das fernere Schicksal der Bank, die von den bulgarischen Beteiligten weitergeführt wird.

Die Banca Generala Romana in Bukarest, deren Verwaltung wir seit ihrer Gründung im Verein mit dem Bankhause S. Bleichröder geführt haben, an der wir aber nur noch mit einem ganz geringfügigen Aktienbesitz beteiligt sind, hat auch im vergangenen Jahre sehr günstig gearbeitet. Einen Abschluß hat sie bisher noch nicht vorgelegt, und ihr weiteres Schicksal wird wesentlich von der weiteren Gestaltung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan bedingt sein. Sie hatte im Berichtsjahre unter unserer Beteiligung sich die Aufgabe gestellt, den Aufschluß der bedeutsamen Braunkohlenfelder, welche unter der deutschen Militärverwaltung in Rumänien längs der Karpathen festgestellt worden sind, in die Interessen des Landes gelegenen Bestrebungen gesetzliche Hindernisse in den Weg legt.

Bei den niedrigen Einstandskursen unserer Beteiligungen an überseeischen Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland, der Bank für Chile und Deutschland, der Deutschen Afrika-Bank, der Deutschen Ostafrika-Bank, und der Handelsbank für Ostafrika, dürfen wir hoffen, keinerlei wesentliche Verluste an ihnen zu erleiden. Mit der Unterbindung oder Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands über See wird aber natürlich der Nutzen, den wir aus diesen unseren Tochterunternehmen ziehen können, eine Minderung erfahren. Keine von ihnen war unter den gegebenen Verhältnissen in der Lage, ihre Bücher für das vergangene Jahr abzuschließen.

Die Deutsch-Asiatische Bank ist, wie wir im Vorjahre berichteten, nach der Kriegserklärung Chinas unter Zwangsverwaltung gestellt worden und soll sich inzwischen in Zwangliquidation befinden. Auch hier fehlen eingehendere Nachrichten.

Von den uns außerdem nahestehenden Gesellschaften: der Neu-Guinea Compagnie, der Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft und der Großen Venezuela-Eisenbahngesellschaft, deren günstige Fortentwicklung wir annehmen dürfen, erwarten wir, daß sie auch in Zukunft wichtige deutsche Unternehmungen bleiben werden. Eine ordnungsmäßige Berichterstattung der Verwaltung dieser Unternehmungen konnte im Berichtsjahre wiederum nicht erfolgen.

Für das fernere Geschick aller dieser überseeischen Unternehmungen wird natürlich die Entscheidung über Deutschlands Kolonialbesitz von tiefgreifendem Einfluß sein.

Über die uns nahestehenden inländischen Unternehmungen berichten wir:

Die Kaliwerke Aschersleben haben im vergangenen Jahre zweimal eine Kapitalerhöhung vorgenommen, und zwar erstmalig von 12 auf 20 Millionen Mark, zur Durchführung des Erwerbs der Kaliwerke Hattorf, sodann erneut auf 22½ Millionen Mark zum Erwerb der Mehrheiten der Bergwerksgesellschaften Mariagluck und Habighorst. Beide Gesellschaften bezweckten der uns befreundeten Gesellschaft wertvolle Hartsalzfelder anzugliedern. Eine Steigerung des Absatzes während der ersten ½ Jahre in Verbindung mit der durch das Reichsgesetz festgelegten Erhöhung der Preise für Kalisalze brachte den Kaliwerken Aschersleben Mehreinnahmen und damit einen gewissen Ausgleich gegenüber den gesteigerten Materialpreisen und Löhnen. Leider hat der infolge der Waffenstillstandsbedingungen eingetretene Wagen- und Kohlenmangel während der letzten drei Monate erhebliche Nachteile im Gefolge gehabt. Mit einer Verringerung des Absatzes stiegen die Unkosten so bedeutend, daß im letzten Vierteljahr, wie in allen Kalibetrieben, mit Verlust gearbeitet wurde.

Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft konnte in dem größten Teil des Jahres aus dem Verkauf ihrer Produkte an die Heeresverwaltung guten Nutzen ziehen. Die künftige Gestaltung ihrer ausländischen Interessen wird in erheblichem Maße durch den Gang der politischen Ereignisse bedingt sein. Die Gesellschaft, die sich im vergangenen Jahre durch Erwerb weiterer umfangreicher Grubenfelder in verstärktem Maße in der Braunkohlenindustrie betätigt hat, erhofft auch auf diesem Gebiete in der Zukunft ein Feld erfolgreicher Wirksamkeit zu finden, insbesondere wenn die jetzt in größerem Maßstabe zur praktischen Durchführung gelangende Vergasung der Braunkohle zwecks Herstellung von flüssigen Brennstoffen eine günstige Entwicklung nimmt.

Die Braunkohlenwerke Borna A. G. hatten sich in fortgesetzt günstiger Entwicklung befinden und ihre Produktion bis zur höchsten Leistungsfähigkeit gesteigert. Die plötzliche Entlassung der Kriegsgefangenen ohne gleichzeitigen Ersatz an Arbeitskräften hatte einen unvermittelten erheblichen Rückgang der Kohlenförderung und Briquetfabrikation zur Folge. Lohnbewegungen und Arbeitsunlust sowie die im Jahre 1917 notwendig gewordene Übernahme des Abbaus in eigenen Betrieb trugen dazu bei, diese Nachteile noch zu verstärken, so daß gegen Ende des Berichtsjahres mit Verlust gearbeitet wurde.

Bei der „Freia“ Braunkohlenwerke A. G. haben wir bei der Lage der Verhältnisse den Aufschluß der Kohlenfelder noch nicht beginnen können. Gemeinsam mit bayerischen Bankfreunden gründeten wir als Studiengesellschaft die „Mittlere Isar“ und die „Ober-Isar“ G. m. b. H., welche bestimmt sind, die Erschließung und Verwertung der Wasserkraft der mittleren Isar bei München und des oberen Inn von der Landesgrenze bis Wasserburg für industrielle Zwecke zu studieren und vorzu-

bereiten. Die Arbeiten sind bestmöglich gefördert worden. Inwieweit die Absicht der Bayerischen Regierung, den Ausbau der mittleren Isar von Staats wegen durchzuführen, unsere Mitarbeit an dieser ausschließen wird, steht noch dahin.

Wie in früheren Jahren haben wir bei der Aufmachung unserer Bilanz hinsichtlich unserer Londoner Zweiganstalt nur den Saldo eingestellt, der sich aus unseren Büchern für unsere Rechnungsverhältnisse mit der Filiale ergibt, da wir auch im vergangenen Jahre mit ihr nicht in näheren Verkehr treten konnten. In gleicher Weise mußten wir in diesem Jahre bezüglich unserer Zweigniederlassung in Metz verfahren, der es von den französischen Besatzungsbehörden nicht gestattet wurde, uns ihre Bilanz zu übermitteln.

Unserer Antwerpener Filiale ist es gelungen, ihren Betrieb rechtzeitig vor der Räumung Antwerpens seitens der deutschen Besatzungstruppen nach Düsseldorf zu verlegen und von dort aus einen erheblichen Teil ihrer Geschäfte zu erledigen.

Der Umfang unseres Geschäftsbetriebes hat eine weitere Ausdehnung erfahren, indem wir im Juni 1918 die Trierer Volksbank im Fusionswege übernahmen. Diese hatte bis dahin mit einem Kapital von 2 500 000 Mark und 420 000 Mark offenen Reserven nutzbringend gearbeitet und wertvolle Beziehungen insbesondere zu den Kreisen der Weinproduzenten unterhalten. Eine Erhöhung des Grundkapitals war für uns damit nicht verbunden. Eine neue Zweigstelle eröffneten wir in Halberstadt unter Übernahme des angesehenen Bankhauses M. Helft.

Diesen Erweiterungen schlossen sich im laufenden Jahre die Eröffnung einer Filiale in Lübeck und einer Zweigstelle in Gießen an, wofür wir bereits im Berichtsjahre vorbereitende Maßnahmen getroffen hatten.

Von unseren Angestellten sind 331 auf dem Felde der Ehre gefallen. Ein Verzeichnis ihrer Namen, deren Anbringung auf einer Ehrentafel an sichtbarer Stelle in unserer Bank bereits in die Wege geleitet ist, fügen wir auch diesem Berichte bei. Ihr Andenken soll damit den lebenden und kommenden Geschlechtern erhalten bleiben.

Mit tiefer Trauer gedenken wir auch des Verlustes, den wir durch das Hinscheiden unseres früheren Direktors, des Herrn Paul Boettger, sowie der Herren Dr. R. Dietzschold, Mitleiters unserer Filiale Mainz, und F. Winkelmann, submanager unserer Londoner Filiale, im Berichtsjahre erlitten haben. In ihnen haben wir langjährige, treue Mitarbeiter verloren, die mit größter Hingebung sich der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben gewidmet haben, und deren Andenken wir stets hochhalten werden.

Aus dem Kreise der Direktoren schied ferner Herr Richard F. Ullner, welcher in den Vorstand der uns befreundeten Deutschen Erdöl A.-G. als stellvertretender Vorsitzender berufen wurde.

Der stellvertretende Syndikus Herr Dr. W. Hartmann wurde zum Syndikus bestellt. Die Herren stellvertretenden Direktoren C. Thurnau, R. E. Pestel, H. Zeitz, E. H. von Berger, F. Koch und J. St. Loeb wurden zu Direktoren ernannt und die bisherigen Prokuristen L. Neuhauß, G. Warendorf, F. Schneider, W. Krüger, M. Stern, A. Gast, sowie ferner Herr L. Köndgen zu stellvertretenden Direktoren.

Als stellvertretende Direktoren traten außerdem in unsere Dienste die Herren W. Wierz in Trier, A. Helft in Halberstadt und A. Wendel in Gießen.

Der Abschluß gestattet die Verteilung eines Gewinnes von 9% auf das Kommanditkapital von 310 000 000 Mark.

Der Reinertrag beläuft sich einschließlich des Gewinnvortrages aus

1917 von M. 292 219,47 auf M. 72 116 598,67

Hiervon sind abzusetzen die Verwaltungskosten, Steuern usw. mit M. 40 100 467,37

Es wird vorgeschlagen, von verbleibenden M. 32 016 131,30

als Gewinnanteil von 9% auf die Kommandit-Anteile sowie

als Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber und des

Aufsichtsrats zu verwenden M. 31 000 386,63

für Talons zur Zurückstellung M. 310 000,—

an die David Hansemannsche Pensionskasse für die Ange-

stellten der Gesellschaft zu überweisen M. 400 000,—

und auf neue Rechnung vorzutragen M. 305 744,67

M. 32 016 131,30

Das Kommanditkapital mit M. 310 000 000, die Allgemeine Reserve mit M. 109 000 000

und die nach Art. 9 des Statuts gebildete Besondere Reserve mit M. 25 000 000 sind unver-

ändert geblieben. Beide Reserven zusammen betragen M. 134 000 000, Kapital und Reserven

M. 444 000 000.

Unberücksichtigt bleibt hierbei die Reserve, welche sich aus dem Besitz der zum Nenn-

wert in die Bilanz eingesetzten M. 60 000 000 Aktien der Norddeutschen Bank in Hamburg

und M. 100 000 000 Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Köln ergibt,

deren gesamte Aktien sich in unserer Hand befinden.

Das Eigenkapital der Disconto-Gesellschaft stellt sich nunmehr wie folgt:

Aktienkapital der Disconto-Gesellschaft M. 310 000 000

Bilanzmäßige Reserven der Disconto-Gesellschaft M. 134 000 000

Bilanzmäßige Reserven der Norddeutschen Bank in Hamburg M. 20 000 000

Bilanzmäßige Reserven des A. Schaaffhausen'schen Bank-

vereins A.-G. in Köln M. 10 000 000

Zusammen Kapital und bilanzmäßige Reserven M. 474 000 000.

Unser Bankgebäudekonto hat eine Erhöhung erfahren, da wir uns aus Raumangel

entschließen mußten, die unserem Hauptgeschäftsbereich gelegenen Grundstücke Unter

den Linden 32 und Behrenstraße 31 in Berlin anzukaufen, und ferner für unseren Geschäfts-

betrieb in Frankfurt a. O., Halberstadt, Lübeck, Stettin und Trier neuen Grundbesitz er-

warben. Das Konto der sonstigen Liegenschaften, das auch das frühere Bankgebäude des

A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in Berlin enthält, hat durch Veräußerungen eine Er-

mäßigung erfahren.

Durch die beantragte Überweisung an die Pensionskasse wird ihr Vermögensbestand

auf die Höhe von M. 5 329 729,92 gebracht werden.

Die von uns für die Versicherung unserer Angestellten bei dem Beamtenversicherungs-

verein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.) aufgewendeten Beträge sind in

gewohnter Weise unter den Verwaltungskosten gebucht.

Im Wechselverkehr betrugen: der Umsatz M. 27 379 036 995,38 (1917:

M. 18 794 027 018,77), die Zahl der Wechsel 1 232 750 (1917: 1 227 168), der Durchschnitts-

betrag eines Wechsels M. 22 209,72 (1917: M. 15 314,96). Am 31. Dezember 1918 beliefen

sich die Bestände an Wechseln auf M. 1 975 117 263,04 (1917: M. 1 618 213 211,93).

Die Umsätze in unverzinslichen Schatzanweisungen sind in dem Wechselverkehr

einbezogen.

Der Reinertrag aus Coupons usw. belief sich auf M. 1 076 942,32 gegen

M. 769 988,33 im Jahre 1917.

Der Verkehr in Wertpapieren, in dem auch die verzinslichen Schatzanweisungen des

Reichs und der Bundesstaaten einbezogen sind, im Kommissionsgeschäft, für Konsortial-

und eigene Rechnung betrug M. 6 372 155 147,58 (1917: M. 5 533 619 720,50), wovon auf

die dem Wertpapierverkehr zugerechneten Coupons und ausländischen Noten ein Umsatz

von M. 840 351 353,91 (1917: M. 668 073 526,16) entfiel.

Es betrug der Bestand an eigenen Wertpapieren M. 96 390 048,41 gegen M. 77 394 256,43

im Jahre 1917, an Konsortial-Beteiligungen M. 48 017 097,68 gegen M. 45 503 189,89 im

Jahre 1917, zusammen M. 144 407 146,09 gegen M. 122 897 446,32 im Jahre 1917.

Der Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezember 1918 abzuliefernden Wert-

papieren (Reports) und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere betrug M. 299 294 401,96

gegen M. 289 047 153,56 im Vorjahre. Das Konto umfaßt auch die unserer Kundschaft zum

Zwecke der Zeichnung deutscher Kriegsanleihe unter Verpfändung der letzteren gewährten

Vorschüsse sowie die gedeckten Darlehen an Kommunen, Kommunalverbände und öffentlich-

rechtliche Kreditgesellschaften.

Wir übernahmen u. a. folgende Wertpapiere oder beteiligten uns an deren Übernahme

durch eine Gemeinschaft:

Festverzinsliche Werte:

5%, Ungarische Staatskassenscheine von 1918

Aktien:

Neue Aktien der K. K. Priv. Allgemeine Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt
Neue Aktien der Basalt A.-G.
Neue Aktien der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.-G.
Aktien der Cuxhavener Herings-Fischerei A.-G.
Aktien der Deutschen Seefischerei Aktiengesellschaft
Neue Aktien der Th. Goldschmidt A.-G.
Neue Aktien der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft
Neue Aktien der Kaliwerke Aschersleben
Neue Aktien der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe
Neue Aktien der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft

Neue Aktien der Metallwerke Aktiengesellschaft vorm. Luckau & Steffen
Neue Aktien der Papierfabrik Reisholz A.-G.
Neue Aktien der K. K. Priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe
Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G.
Neue Aktien der Sächsischen Cartonnagen-Maschinen A.-G.
Aktien der Schiffswerft Oldenburg Aktiengesellschaft
Neue Aktien der Schweizerischen Kreditanstalt
Neue Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank.
Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung:
Mittlere Isar G. m. b. H.
Oberinn G. m. b. H.

Außerdem führten wir folgende Wertpapiere an den Börsen zu Berlin oder Frankfurt a. M. ein:

Aktien:

Aktien-Gesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Chemische Fabriken vorm. Weiler ter Meer
Direction der Disconto-Gesellschaft
Dortmunder Aktien-Brauerei
Dynamit-Aktien-Gesellschaft vorm. Alfred Nobel & Co.
Elektrotechnische Fabrik Rheydt Max Schorch & Cie. Act.-Ges.
Farbwerke Franz Rasquin Aktien-Gesellschaft
Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft
Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft
Kaliwerke Aschersleben
Linke-Hofmann-Werke
Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein A.-G.
Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G.
Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G.
Metallwerke Aktiengesellschaft vorm. Luckau & Steffen
Rheinische Stahlwerke
Rositzer Braunkohlenwerke A.-G.
Sächsische Cartonnagen-Maschinen A.-G.
Schoeller'sche und Eitorfer Kammgarnspinnerei A.-G.
Vereinsbank in Hamburg
Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. I. C. & H. Dietrich) Aktien-Gesellschaft
Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. A.-G.

Unsere Niederlassungen, Zweigstellen und Wechselstuben haben wiederum ein recht günstiges Ergebnis gezeitigt, obwohl einzelne derselben unter der Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehr zu leiden hatten.

Hinsichtlich der Entwicklung der Norddeutschen Bank in Hamburg und des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. verweisen wir auf die von diesen Gesellschaften veröffentlichten Jahresberichte.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg hat, nachdem sie aus ihrem Reingewinn den Betrag von M. 1 568 627,45 ihrer Besonderen Reserve zugeführt und ihre Reserven damit auf M. 20 000 000 erhöht hat, auf ihr Aktienkapital von 60 Millionen Mark für das Jahr 1918 einen Gewinn von 8% verteilt, der in unserer diesjährigen Gewinnrechnung erscheint.

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein Aktiengesellschaft in Köln verteilte auf sein Aktienkapital von 100 Millionen Mark für das Jahr 1918 einen Gewinn von 7%, der ebenfalls in unsere diesjährige Gewinnrechnung eingestellt ist.

Der Gewinn aus der dauernden Beteiligung an anderen befreundeten Banken enthält nur die im Jahre 1918 tatsächlich vereinnahmten Erträge für das Geschäftsjahr 1917 bzw. 1917/18, und zwar erzielten:

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 9%
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. 7%
Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft 8%
Stahl & Federer Aktiengesellschaft 7%
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. 7%
Geestemünder Bank 8%
Bank für Chile und Deutschland 6% (für 1916).
Kreditbank in Sofia 7%
Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de

Bary & Co. in Antwerpen 6% für die bevorrechtigten Aktien und 7% für die Stammaktien, und Fr. 6 für jeden Genußschein.

Die Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary & Co., Antwerpen, hat auch im Berichtsjahre trotz der für sie besonders schwierigen Verhältnisse ein recht befriedigendes Ergebnis erzielt, so daß sie imstande sein wird, ihre vorjährigen Gewinnausschüttungen zu wiederholen.

Die Summe der Beteiligungen an solchen Banken belief sich Ende 1918 auf M. 61 657 641,45 gegen M. 54 167 999,95 Ende 1917. Sie hat im wesentlichen infolge von Kapitaleinforderungen auf in unserem Besitz befindliche nicht vollgezahlte Aktien eine Erhöhung erfahren. Die auf sie für das Geschäftsjahr 1917 bzw. 1917/18 entfallenden und im Berichtsjahre vereinnahmten Gewinnanteile betragen M. 3 540 812,70 gegen M. 2 603 849,26 im Vorjahre.

Die Einlagen auf provisionsfreier Rechnung betrugen am Schlusse des Berichtsjahres M. 1 910 757 648,49 gegen M. 1 573 931 222,80 am Schlusse des Jahres 1917.

Der Laufende Rechnungverkehr ergab:

	1918	1917
Schuldner am Schlusse des Jahres	M. 886 886 526,11	M. 665 266 456,56
Gläubiger am Schlusse des Jahres	M. 1 738 546 386,87	M. 1 296 312 210,03

wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß wir, wie oben ausgeführt, die für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank eingegangenen Verbindlichkeiten in diesem Jahre beiderseits gesondert in die Erscheinung treten lassen.

Der Umschlag im gesamten laufenden Rechnungverkehr einschließlich der Einlagen auf provisionsfreier Rechnung, betrug M. 148 515 071 784,76 gegen M. 101 067 923 775,11 im Jahre 1917.

Die Zahl der laufenden Rechnungen betrug am Schlusse des Jahres 1918 M. 146 018 gegen M. 126 626 im Jahre 1917. Von diesen Rechnungen waren mit Wertpapierhinterlegung verbunden am Schlusse des Jahres 1918 M. 76 429 gegen M. 66 945 im Jahre 1917.

Die in den Passiven aufgeführten Accepte und Schecks betrugen M. 68 252 707,66 gegen M. 68 408 862,47 im Jahre 1917.

Die Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen, denen der gleiche Betrag von Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen gegenübersteht, beliefen sich am 31. Dezember 1918 auf M. 362 649 525,62 gegen M. 206 883 029,81 im Jahre 1917.

Wechsel- und Zinsen-Konto ergaben einschließlich der Kurswechsel einen Ertrag von M. 40 877 187,69 im Jahre 1918 gegen M. 35 264 075,47 im Jahre 1917.

Die erworbene Provision stellte sich auf M. 14 529 036,49 gegen M. 13 501 600,54 im Vorjahre.

Der Umschlag der Kassen betrug M. 58 869 498 662,70 gegen M. 42 015 031 360,60 im Vorjahre.

Der Gesamtumschlag (von einer Seite des Hauptbuches) betrug M. 147 479 985 916,52 gegen M. 112 468 659 138,02 im Vorjahre. Der Beteiligung von M. 60 000 000 an dem Kommandit-Kapital der Norddeutschen Bank in Hamburg steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von M. 17 730 659 336,38 von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 15 439 600 629,16 im Vorjahre gegenüber. Der Beteiligung von M. 100 000 000 an dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von M. 26 361 792 000 von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 17 732 341 000 im Vorjahre gegenüber. Dem Gesamt-Kapital der Disconto-Gesellschaft entspricht im Jahre 1918 also ein Gesamtumschlag von M. 191 572 437 252,90 von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 145 640 500 767,18 im Vorjahre.

Berlin, im April 1919.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn.	D von Schlöcker.	Dr. Russell.	Urbig.	Dr. Solmsen.
Waller.	Dr. Mosler.	Dr. Fischer.	Schleper.	

Badeseife 5⁵⁰ Mandelseife 4⁵⁰ Glycerinseife 3⁷⁵ Rasierseife 4⁰⁰

Parfümerie-Handlung Dette, 6 Michelsberg 6.

Bekanntmachung.

Betrifft Anmeldung von Pferden und Fahrzeugen beim städtischen Ladeamt.

Alle Pferde- und Fahrzeugbesitzer werden hierdurch aufgefordert, in der Zeit vom 16.—21. d. Mts. während der Dienststunden (werktags von 8^{1/2}—12^{1/2} und 3—5) bei dem städtischen Ladeamt, Friedrichstraße 9, 1, sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Pferde, Kastenwagen, Rollen und Schneepflaster anzumelden nach dem Stande vom 15. d. Mts.

Es ist dabei anzugeben, wieviel Doppelspanner und Einpanner für Lastfuhrwerk (Kastenwagen und Rollen) und wieviel Schneepflaster täglich mit Führer beschäftigt werden können.

In Zukunft sind alle Veränderungen in dem angegebenen Verzeichnis dem Ladeamt anzuzeigen. Das Futtermittellamt wird nur noch für die Pferde Futter zuweisen, die vorher ordnungsmäßig beim Ladeamt angemeldet sind.

Wiesbaden, den 12. Mai 1919.

Der Magistrat.

Grundstücks-Versteigerung.

Die Erben der verstorbenen Eheleute Philipp Merzberger zu Sonnenberg lassen nachbenannte, in der Gemarkung Sonnenberg belegene Grundstücke, als:

- a) Wohnhaus mit Hofraum u. Stall, Blatterstraße 6,
- b) Acker „Ober der Dietzmühle“,
- c) Acker „Heienberg“

am Samstag, den 17. Mai d. Js., abends 8 Uhr,

im Rathaus zu Sonnenberg unter günstigen Bedingungen an den Meistbietenden versteigern.

Die Eigentümer.

Sonnenberg, den 14. Mai 1919.

Am Samstag, den 17. Mai, mittags 1 Uhr, lasse ich, Franz Mühlhölzer, wegen Fuhrversteigerung öffentlich verkaufen:

- 1 Kaffseepferd, schwarz,
- 1 Engländerwagen mit Einzelreitern,
- 1 Federrolle,
- 1 Zandseil, fast neu,
- 1 Zandseilwagen und einige Zentner Heu und Stroh,

durch den Ortsgemeindevorsteher Moritz, Rumbach, Gartenstraße 6.

Fischhaus Johann Walter 12 Ellenbogengasse 12

Fernsprecher 453 — Gegründet 1886 empfiehlt aus neuesten Zufuhren billigt:

Pa. Holländer Angelschellfische Nordseeschollen — Steinbutt Prachtvoller Nordsee-Kabeljau Gewäss. Stockfische nur Mittelstücke in bekannter Güte

Fischkonserven! Fischmarinaden! Geräuch. Seelachs Muscheln in Sälze, in Essig, in eigenem Saft

Kaninleberpaste der herrliche Brotaufstrich, sehr schmackhaft, äußerst ergiebig!

Holl. Lachsbrüclinge. — Rohessbrüclinge.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Geschäftszeit 8—1 Uhr, 2—6 Uhr.

Französi. Schokolade

bestimmt Anfang kommend. Woche lieferbar. Verkauf nur an Wiederverkäufer. Gef. Anfr. an J. Kasper, Rehen 76.

K. A. Seifenpulver

gegen Mai- und Juni-Marken.

Feinseifen, Kernseifen. Markenreines Waschlupulver lose und in Paketen, Parkettwachs, Seife, Salzsäure, Bleichsoda.

Seifenfabrik Gustav Erkel, Langgasse 17. Tel. 91.

Zum Eiereinlegen:

Wasserglas per kg. . . 0.65

Garantol per Paket . . . 0.25

Spielmann Nachf. Hch. Ambach, Scharnhorststr. 12. Telefon 40.

Bank für Handel und Industrie.

66. ordentliche Generalversammlung.

Wir beehren uns, unsere Aktionäre nach §§ 24 bis 27 der Satzung zu der am

Sonnabend, den 24. Mai d. J., nachmittags 3 Uhr,

in unserem Geschäftslöke zu Darmstadt stattfindenden sechshundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einzuladen:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1918;
2. Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Gewinnverteilung;
3. Erteilung der Entlastung an die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats;
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

Die Hinterlegung der Aktien bzw. des ordnungsmäßigen Hinterlegungsscheines eines deutschen Notars, der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins in Gemäßheit des § 24 der Satzung hat spätestens am 20. Mai a. cr. während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar entweder

bei den Niederlassungen unseres Instituts in Berlin, Darmstadt, Amberg, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bensheim, Beuthen O.-S., Bielefeld a. Rh., Bingen a. Rh., Braunschweig, Breslau, Cöln, Cottbus, Crossen, Cuxhaven, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Forst i. L., Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. B., Fulda, Fürth (Bayern), Gera, Gleßen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen, Göttingen, Greifswald, Greiz, Guben, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Heilbronn, Hildesheim, Hirschberg (Schlesien), Jauer, Kattowitz, Kehl, Kreuzburg, Landau (Pfalz), Lauban, Leipzig, Leobschütz, Limburg (Lahn), Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Mannheim, Michelstadt i. O., München, Mysłowitz, Neustadt (Saar), Neustadt (O.-S.), Nürnberg, Offenbach a. M., Oppeln, Passau, Pforzheim, Pirmasenz, Prenzlau, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Schweinfurt, Senftenberg, Sorau (N.-L.), Spremberg, Stargard i. P., Steffin, Straßburg i. E., Stuttgart, Trier, Weiburg, Wiesbaden, Würzburg, Zellitz,

oder in Bremen bei der Deutschen Nationalbank, Kommandit-Gesellsch. auf Aktien,

Coblenz „Herrn Leopold Sellmann,“
Dortmund „Deutschen Nationalbank, Kommandit-Gesellsch. auf Aktien,“
Dresden „den Herren Albert Kuntze & Co.,“
Essen a. Ruhr „Herrn Simon Hirschland,“
Glogau „H. M. Fliesbach's Ww.,“
Grünberg i. Schl. „H. M. Fliesbach's Ww.,“
Heilbronn „den Herren Rümelin & Co.,“
Königsberg i. Pr. „der Ostbank für Handel und Gewerbe,“
München „den Herren Merck, Fink & Co.,“
Posen „der Ostbank für Handel und Gewerbe“

Berlin und Darmstadt, den 30. April 1919.

Bank für Handel und Industrie

v. Simson.

Andreae.

Park-Konditorei Restaurant.

Während der Saison findet

Konzert

von 4—8^{1/2} Uhr statt.

Ausschank erstklassiger Biere

Warme und kalte Speisen

Garten-Restaurant.

Möbel-Ankauf.

Herrschastliche, bürgerliche kompl. Villen-, Wohnungs- u. Zim.-Einricht., auch einfache, einzelne gut erhaltene Möbelstücke, komplette Nachlässe, 4 oder mehr und Fortsetzen werden in jeder Höhe bei Verzählung angekauft.

Gleichzeitig empfehle mein großes Lager in neuen Möbeln und Gelegenheitskäufen. Kauf- und Ankauf von Schreiner- u. Tischlerarbeiten in eigenen Werkstätten.

Möbelhaus Jakob Fuhr

Reichstraße 34. Telefon 2737.

Gartenbesitzer!

Schützt eure Umzäunungen mit

„Sedrapix“

Zu erhalten in den Lack- u. Farbenhandlungen oder unmittelbar von

Teerprodukten-Fabrik Biebrich

Seck & Dr. Alt

Biebrich a. Rh.

Keine Wanze mehr für

nur mit Kammerjäger Berg's Nicodan I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Erfolg verblühend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Viele Danksch. Doppelpack Mk. 2.—, Ausg. reichend f. 1—3 Zimmer u. Betten. — Alleinverkauf:

Zentraldrogerie Wilh. Schill, Friedrichstraße 16.

Bei Eins. v. M. 2.40, od. Pos.scheckkonto Berlin 31280, portofr. Zus. nach auswärt. durch Herrn A. Groedel,

Berlin, Königsgrüner Straße 40. F 163

Die Einladungen für den am Sonntag, den 18. Mai, im Rath. Gefellenhaus stattfindenden

Schlussspiel

kommen von den Tänzschülern und deren Angehörigen in der Wohnung des Herrn Diehl, Reichstr. 34, 3, abgeholt werden.

Die Tänzschüler

des Herrn Georg Diehl u. Frau.

Eischränke

mit Zinkblech und mit Glasplatten ausgelegt in großer Auswahl und zu vortheilhaften Preisen empfohlen

Telephon 213 L. D. Jung Kirchstraße 47.

Magazin für Haus- und Küchengeräte.

Spargeln 1. Sorte 1.10

Spargeln 2. Sorte 0.80

Jung. Spinat Pfd. 0.50

Große Leubung Apfelkuchen

und holländische Karotten

eingetroffen.

Verkauf zu bill. Preisen.

Wilhelm Sommer

Ellenbogeng. 11. Tel. 2148.

Tapeten

großer Posten eingetroffen.

Tapetenliefer (Vulver)

Prima Föhner-Wand.

Wagner, Rheinstraße 79.

Täglich eintreffend reiner

Rautabaf

in bekannter Güte.

Für Wiederverkäufer an-

erkannt beste Qualität.

Lieferung a. jed. Posten.

Tabak- u. Nahrungsmittel

Real-Handlungstraße 34.

100 m Waschleine

prima Qual. an der.

Reich-Handlungstraße 34.

Klavier

im Auftr. verl. Glücklich

Friedrichstraße 10. Laden

Große Gelegenheit.

El. Rah. Wüchters, 130.

Chas. 120. Wüchters.

45. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

21. Wüchters. Wüchters.

Gebrauchte Fenster

Für den Gefellen. 400 m

Seigungs-Höhe, zu verl.

Reich-Handlungstraße 14.

Perfer Teppiche

Klaviere, Schmuckkästen

gegen hohen Preis zu kaufen

gekauft. A. Diehl, Reich-

straße 11. Tel. 4878.

Guter Teppich

u. Teppich. Kauf. Peter.

Reich-Handlungstraße 17. 3.

Pianino

zu kaufen gesucht. Adler-

straße 3. A. Diehl.

Guterh. Klavier

sof. zu kauf. ges. Wüchters

Fr. Diehl, Reichenstr. 16. 3.

Hohe Bezahlung.

Kaufe in jedem Zustand bef.

Matratzen

in Hoff., Wöle u. Seegrass,

ferner

alle Möbel u. Betten

und ganze Einrichtungen.

Eva Rannenberg,

Wohnung Heinenstr. 16.

Telephon 3129.

Man achte genau auf Nr. 16.

Wagen

zu kaufen gesucht. Offert.

mit Bremsen u. B. 836

an den Reich-Verlag.

An Hauptstr. in Sonnen-

berg gutes Haus mit feinem

2.9. Wohn u. Garten sof.

zu verl. A. Diehl. 34. 3.

Klavier-

Stimmungen,

Reparaturen

billigst u. fachgemäß.

Rheinstr. 53

Schmitz, Tel. 3711.

Mädchen u. Fr. neu komm.

Weiden u. Hiden erf.

Bälgerstraße 4. Part.

Tüchtige Bäckerin

gesucht. Wüchters. 130.

Reich-Handlungstraße 14.

Tüchtiges

Mädchen

das auch mit Kleinvieh um-

gehen weiß, sof. gesucht.

Wüchters, Eigenheim, Forst-

straße 31.

Serviermädchen

für Sonntags gesucht.

Offerten unter A. 836 an

den Reich-Verlag.

Junger Zahntechniker,

Freiburg, firm in allen

Konstruktion u. Metall-

arbeiten auch operativ

nicht ohne unerfahren.

Sucht Stellung. Angebote

unter A. 836 an den Reich-

Verlag.

Pianist

sucht Stellung. Offert. u.

A. 836 an den Reich-Verlag.

Diejenige

Person

welche am Sonntagabend

im Reichenberg das

silberne Vortragsinstrument

Abholt an sich nahm, ist

erkannt und wird belohnt.

Dasselbe gegen Belohnung

abzugeben

Reich-Handlungstraße 23.

Diejenige Person,

welche gestern Abend um

10.35 Uhr die Reich-Handlung

u. Oranienstr. die blau-

seide, die auf dem Tisch

abgeben, wird gegen Bel.

abgegeben bei

Reich-Handlungstraße 3. 3.

Am Dienstagabend

48 Uhr auf d. Reich-Handlung

Früh geschlachtete Ziegen- Lämmchen

auch im Auschnitt,
Pfund 6.— Mark.
Wilh. Röbe
Geflügelhandlung,
Grabenstr. 34. Tel. 3236.

Suppenhühner

per Pfund
6 u. 7 Mr.
Junge
Brathühner empfiehlt
W. Geyer
Grabenstraße 8,
nahe der Markthalle.
Telephon 403. 609

Vollheringe

in 1/1 Tonnen, nur für
Fischerboote, ab 200 kg
Ph. Dantelmann
Dobbeimer Str. 25. 1.

Reis (kein Bruch)

Mr. 2.80.
Reigen, Pfd. 1.15, Rosinen
1/2, Pfd. 2.25, garant. echte
Cassia 1.25 (Zorpreß) u.
garant. echte Marzipan
Seife 5.75 u. dergl.
Raabe,
Bierstadt. Höhe 8. Tel. 6056.

Spargel
tägl. frisch, 50 Stk. (10 Pf.)
brutto) franco Mr. 15.— geg.
Nachn. verlend. linksrheinisch
Hofhof. Gutmann, Heppen-
heim (Rheinb.-en). F 105

Preiswerte
Gummiabsätze,
gute Qualitat. Damen 1.50,
Herren 1.90. Aufmachen
gratis. Schuhhaus Kuhn,
Bleichstr. 11, Wellr.-Str. 20.

Einzelne Auskünfte

Auskunftstelle des
Kartells der
Auskunfteien Bürgel
Wiesbaden,
Friedrichstraße 31,
ca. 300 eig. Auskunftst.

Wiedergelohnte Haare laust
Karlstraße 2.

WILH. HÖCKER SCHILLER- PLATZ 2

HAUS- u. KÜCHEN- GERÄTE

NEU EINGETROFFEN

MOHA GAS-BACKFORMEN

VOM GUTEN DAS BESTE

Zahn-Atelier Georg Burg Ellenbogengasse 3.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
meinen innigstgeliebten Mann, unseren guten
Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder
und Onkel, den

Droschkenbesitzer Wilhelm Wirth

nach kurzem Leiden im Alter von 71 Jahren
zu sich zu nehmen.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Rosa Wirth, geb. Stiehl
Emilie Gruber, geb. Wirth
Elisabeth Steitgen, geb. Wirth
Theodor Wirth
nebst 5 Enkeln.

Wiesbaden, den 14. Mai 1919.
Adlerstraße 62, 1.

Die Beerdigung findet am Samstag, den
17. Mai, nachmittags um 3 1/2 Uhr, auf dem
Südfriedhofe statt.

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei

Kontore: „Tagblatthaus“
fertigt in kürzester Zeit in
jeder gewünschter Ausstattung
alle

Trauer-Drucksachen.

Trauer-Kelchungen in Brief-
und Kartenform, Besuchs-
und Dankungs-Karten mit
Trauerband, Todes-Anzeigen
als Zeitungsbeilagen, Nach-
rufe und Grabreden.
Aufdrucke auf Kreuzschleifen

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen

Anton Urban Agnes Urban

geb. Albrecht

Chroszczina

Wiesbaden.

Brillanten, Perlen

Gold- u. Silber-Märgen, Silberfaden aller Art, gold.
Uhren u. Ketten, Pfandscheine laust zu hohen Preisen
U. Geizhals, Webergasse 14. Tel. 4139.

Elekt. Schnüre

für Lampen, Stehlampen, Verlängerungen.
Hof, Luisenstr. 44, n. Residenz-Theater. 485

Statt Karten!

Die glückliche Geburt eines
kräftigen Jungen

zeigen hoch erfreut an

Martin Michel u. Frau,
Lizle, geb. Kaufmann.

Halle a. S., den 9. Mai 1919.

F 105

Droschkenbesitzer-Verein Wiesbaden.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser
langjähriges Mitglied

Herr Wilhelm Wirth

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Samstag nach-
mittag 3 1/2 Uhr vom Portale des Südfried-
hofes aus statt.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 6 Uhr nach langen, schweren, mit
großer Geduld ertragenen Leiden, im Alter von 54 Jahren, meinen lieben, guten Mann, unseren
unvergesslichen, treuherzigen Vater, Schwiegervater, Schwager, Onkel und Bruder

Heinrich Roßbach

Eishändler, Fuhr- und Tiefbau-Unternehmer, Kellerstraße 25

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen in tiefer Trauer an:

Frau H. Roßbach, Wive.,
Elisabeth Wachenheimer, geb. Roßbach,
H. Roßbach jun.,
Luis Wachenheimer.

Wiesbaden, den 14. Mai 1919.

Die Feuerbestattung findet am 16. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt. —
Von Beileidsbesuchen und Kranzpenden bittet man abzugehen.

Statt Karten.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 14. d. M.
nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, Sohn, Schwiegersohn, Bruder,
Schwager und Neffe

Carl W. Leinböck

im Alter von 39 Jahren sanft verschieden ist.

Die trauernde Gattin

Lena Leinböck, geb. Fuchs

Elise Leinböck, Mutter

Eduard Leinböck

Familie Fuchs

Familie Dr. Wagner.

Wiesbaden, Frankfurt a/M., Linz a/D.
Sedanstraße 7.

Beerdigung Samstag nachmittag 4 1/2 Uhr vom Südfriedhof ab.

zur gest. Kenntnis, daß ein leistungsfäh.
Parfümerie- und Seifenhaus
 von Paris sich zu ihrer Verfügung
 stellt. Offerten sofort zu richten an
Mr. J. Robert, Hotel Rarpsen, Mainz